

Berlin, 2. Juni 2020

## PRESSEMITTEILUNG

Deutscher Juristinnenbund e.V.  
Landesverband Hamburg

Vereinigung der Juristinnen,  
Volkswirtinnen und Betriebswirtinnen

Geschäftsstelle / Office:

Anklamer Straße 38 • D-10115 Berlin

fon: +49 30 4432700 • fax: +49 30 44327022

geschaefsstelle@djb.de • <https://www.djb.de>

### Das Sexkaufverbot löst die aktuellen Probleme nicht

Anlässlich des Internationalen Hurentages am 2. Juni 2020 mahnt der Deutsche Juristinnenbund e.V. (djB), die Covid-19-Pandemie nicht zum Anlass zu nehmen Stigmatisierung und Diskriminierung von in der Prostitution tätigen Menschen zu verstärken und diese zu beenden.

„Die in der Pandemiezeit erforderlichen Einschränkungen sollten nicht zum Anlass genommen werden, ein generelles Sexkaufverbot in Deutschland einzuführen. Dieses ist verfassungsrechtlich problematisch und löst in der aktuellen Situation keines der bestehenden Probleme. Die Krise trifft viele ehemals in der Prostitution tätige Menschen mit voller Wucht. Statt Symbolpolitik zu fordern, gilt es nun, existenzielle Not und Obdachlosigkeit abzuwenden. Die bestehenden Unterstützungsnetzwerke müssen ausgebaut und der Situation angepasst werden. Es ist sicherzustellen, dass der Zugang zu Sozialleistungen, Gesundheitsversorgung und Unterbringung diskriminierungsfrei gewährleistet ist.“, erklärt Prof. Dr. Maria Wersig, Präsidentin des djB.